



Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Landwirte haben die Anfang des Monats begonnene Getreideernte witterungsbedingt wieder unterbrochen. Schon bei der Aussaat haben sie mit schwierigen Bedingungen umgehen müssen. Ernteprognosen wagt zurzeit noch niemand. Wir hören aber sehr unterschiedliche Einschätzungen zu den Ertragserwartungen. Das Wetter bleibt damit ein wichtiger Faktor. Auch bei den Preisen halten sich alle Marktbeteiligten noch zurück. Die Einflüsse des Weltmarktes sind nicht zu übersehen, auch die Währungsdisparitäten können die Märkte noch in Bewegung bringen. Der Energiepflanzenanbau dagegen schränkt die pflanzliche Erzeugung für den Nahrungssektor in unserer Region kaum ein. Es ist für die Landwirte jedoch unverständlich, dass der energetische Wert des Weizens nicht entsprechend honoriert wird. Aus diesem Blickwinkel betrachtet müsste der Weizen eigentlich doppelt so hoch bezahlt werden wie zurzeit. Die Landwirte werden den Markt sehr genau beobachten, um den richtigen Verkaufszeitpunkt einzuschätzen.

Ihr **Werner Hilse**

## **Landvolk für marktgerechte, nachhaltige Milchpolitik**

„Niedersachsens Milchbauern werden sich am Markt behaupten können. Zum Markt bestehen keine Alternativen.“ Diese Einschätzung vertritt Landvolkpräsident Werner Hilse. Mit den 1992 begonnenen Reformen der EU-Agrarpolitik habe die Europäische Kommission die Weichen in Richtung Marktorientierung gestellt, begründete Hilse. „Die 2003 beschlossene Entkopplung der Agrarzahungen zu Direktbeihilfen entlässt unsere Landwirte in den weltweiten Wettbewerb“, schilderte der Landvolkpräsident.

Die Positionierung der Europäischen Union lasse keinen Zweifel an der Zielsetzung, die Handelsbeschränkungen weiter reduzieren zu wollen. Eine exportorientierte Region, wie sie das Agrarland Niedersachsen seit Jahrzehnten darstelle, müsse sich damit den Marktmechanismen stellen. „Schon heute fließt fast jeder zweite Liter Milch aus Deutschland in Form hoch veredelter Produkte ins Ausland“, begründete Hilse.

Um die Herausforderungen des Marktes annehmen zu können, sei eine noch bessere Beobachtung und Analyse der in- und ausländischen Märkte notwendig. Aus Sicht der

Landwirtschaft wünschte sich Hilse praxisnahe Vertragsmodelle zur Preisabsicherung. „Die Milchvieh haltenden Betriebe und auch die Verarbeitungsunternehmen werden zukünftig solche Instrumente benötigen, um die Preisschwankungen auf den Märkten in den Griff zu bekommen“, sagte Hilse. Mit Blick auf die stetig gestiegenen Kosten – unter anderem für Energie, Futter- und Düngemittel – wertete er rückläufige Erlöse für die Milchviehhalter wie auch insbesondere für Ferkelerzeuger als „desaströs“. Eine Entlastung bei den Produktionsaufwendungen sei daher dringend erforderlich. Hier sah Hilse auch die Politiker in der Pflicht. „Wir werden nicht locker lassen, um bei den Energiekosten Entlastungen zu erreichen,“ kündigte Hilse an. Es könne einfach nicht sein, dass für Feldarbeiten in Deutschland Mineralölsteuer gezahlt werden müsse, in anderen EU-Staaten dagegen nicht.

Eng verknüpft bleibe der wirtschaftliche Erfolg der Milcherzeuger aber mit der richtigen strategischen Ausrichtung und Aufstellung ihrer Verarbeitungsunternehmen. Hilse sah die norddeutschen Molkereien hier auf gutem Wege. „Insbesondere die Lieferanten der Nordmilch, des mit Abstand größten deut-

schen Milchverarbeiters, hoffen darauf, dass sich der Umstrukturierungsprozess jetzt auszahlen wird“, fügte er an. Gemeinsam mit den Molkereien sei der Verband im Gespräch über neue Vertragsmodelle. So könnte in den Vertragsbeziehungen zwischen Landwirten und ihren Molkereien Laufzeiten sowie Mengen- und Preiskomponenten eine zentrale Rolle zukommen. Spätestens zum Ende der Milchquotenregelung im Jahr 2015 müssten derartige Modelle realisiert sein, meinte der Landvolkpräsident. Die Preisentwicklungen an den Märkten, wie sie in den vergangenen zwölf Monaten zu beobachten waren, erforderten schon heute eine schnelle Umsetzung. Bereits jetzt müssten alle Anstrengungen unternommen werden, um profunde Marktanalysen zu erstellen und Trends zu erforschen sowie eine noch intensivere Markterschließung zu betreiben. Die darauf spezialisierte und neu ausgerichtete CMA werde hier zukünftig ganz neue Wege beschreiten und für Landwirte wie Verarbeitungsunternehmen wertvolle Vorarbeit leisten.

„Deutschland ist der größte Käseproduzent in Europa. Weit mehr als 40 Prozent unserer Milchprodukte werden bereits exportiert. Das ist ein unumkehrbarer Prozess, der zugleich deutlich belegt, dass unsere Produkte von höchster Qualität sind“, schilderte Hilse die aktuelle Situation auf den internationalen Milchmärkten. Die EU-Marktordnungs-elemente, allen voran die Intervention von Butter und Magermilchpulver, seien seit der Agrarreform 2003 de facto abgeschafft, die Exporterstattungen vor einem Jahr ausgesetzt worden. Die steigende Nachfrage an den Weltmärkten wertete er als eine neue Chance, sah darin aber zugleich eine Herausforderung für die Bauern. „Unter diesen Voraussetzungen gilt es, für aufnahmefähige Märkte zu produzieren“, sagte Hilse. Niedersächsische Milchbauern wollten diese neuen Herausforderungen annehmen und nicht länger durch Marktbeschränkungen in ihren un-

ternehmerischen Entscheidungen behindert werden oder gar gewaltige Summen in zeitlich befristete Lieferrechte investieren. „Es ist wesentlich sinnvoller, dieses Geld in die Betriebe zu investieren“, meinte Hilse.

Gemeinsam mit der in Niedersachsen hervorragend aufgestellten Ernährungsindustrie müsse eine noch höhere Wertschöpfung in der Erzeugungskette vom Kuhstall bis zur Ladentheke erreicht werden. Hilse sah darin den konsequenten Weg, um höhere Erzeugerpreise durchsetzen zu können. Damit könnten zugleich die gestiegenen Kosten aufgefangen und den Bauern damit auskömmliche Einkommen garantiert werden. Den vielen, gut ausgebildeten jungen Landwirten stünden neue Märkte und eine steigende Nachfrage gegenüber. „Wir werden nicht nachlassen, uns für eine nachhaltige und zukunftsweisende Landwirtschaft einzusetzen und unseren jungen Betriebsleitern Perspektiven aufzuzeigen“, sagt Landvolkpräsident Hilse abschließend zum Selbstverständnis des Verbandes.

### **Flächenverbrauch muss wirksam eingedämmt werden**

Der stetig fortschreitende Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen beunruhigt Niedersachsens Landwirte. „Wir müssen dem Flächenverbrauch dringend Einhalt gebieten“, sagte Landvolkpräsident Werner Hilse. Hilse lenkte den Blick auf die wachsende Weltbevölkerung und die zunehmende Nachfrage nach Nahrungsmitteln und leitete daraus die Forderung nach einem anderen Umgang mit der Ressource Boden ab. An die Adresse von Landräten und Bürgermeistern richtete Hilse den Appell, für eine andere „Denke“ in den Behörden zu sorgen. Das Landvolk Niedersachsen hatte dieses Thema kürzlich bei einem parlamentarischen Abend im Niedersächsischen Landtag angesprochen und dazu neben den Abgeordneten des Agrar- und

Umweltausschusses auch Landräte und Bürgermeister eingeladen.

Weltweit werden je Kopf der Bevölkerung 0,25 ha für die tägliche Nahrung benötigt. „Tag für Tag aber gehen in Niedersachsen 15 ha landwirtschaftliche Nutzfläche verloren“, begründete Hilse die Sorge der Landwirte. Allein für den Landkreis Stade, einer von zahlreichen Planungsvorhaben betroffenen Region, bezifferte Hilse den Verlust landwirtschaftlicher Fläche auf mehr als 2.000 ha. Für die bäuerlichen Familien sei damit ein erheblicher Verlust verbunden, er bedrohe eine Reihe von ihnen in ihrer Existenz. Bei einer Durchschnittsgröße der Höfe in Niedersachsen fallen im Raum Stade dem mit den aktuellen Planungen verbundenem Flächenverlust umgerechnet fast 40 Höfe zum Opfer. Problematisch gestaltet sich nach Angaben Hilses für die Land- und Forstwirtschaft nicht allein der Verlust landwirtschaftlicher Flächen für Siedlung- und Verkehrsmaßnahmen. Zusätzlich beschneidet die im Naturschutzrecht verankerte Ausweisung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen die Verfügbarkeit der Nutzflächen. Die gesamten Flächenverluste für die Landwirtschaft fielen im Zeitraum 2000 bis 2007 mit 17,7 ha pro Tag deutlich höher aus, als der Flächenzuwachs für Siedlung und Verkehr. Deren Areal stieg im selben Zeitraum um 13,3 ha täglich. Während hier gegenüber dem Zeitraum 1989 bis 2000 ein Rückgang bewirkt wurde, stieg der Flächenverlust für die Landwirte sogar noch an.

Das Landvolk Niedersachsen fordert daher die uneingeschränkte Möglichkeit von Ersatzgeldzahlungen und einen Vorrang für Entsiegelung und Rückgewinnung von Flächen. Niedersachsen Umweltminister Hans-Heinrich Sander konnte sich bei dem parlamentarischen Abend mit diesem Gedanken durchaus anfreunden und sah das Ersatzgeld als Chance, Ausgleichs- und Ersatzflächen ökologisch aufzuwerten. Damit könnten die Weichen in Richtung qualitativer Naturschutz

gestellt werden. Die Landwirte bieten sich hier als Partner für den Vertragsnaturschutz an, fordern aber neben dem Schutz der Natur einen gleichberechtigten Schutz der Landwirtschaftsfläche.

### **Preiskartell kein sinnvolles Instrument**

Viele Verbraucher haben eine hohe Sympathie für die Landwirtschaft und Verständnis für ihre wirtschaftlich schwierige Situation. Die öffentliche Resonanz auf den Milchstreik hat dies verdeutlicht. Den Markt auszuhebeln, sei aber der falsche Weg, meinen Professoren der Georg-August-Universität Göttingen. Ein landwirtschaftliches Preiskartell werten sie als das falsche Instrument. Die Agrarpolitik sei vielmehr aufgefordert, sinnvolle Stützungsmaßnahmen zur Abfederung des durch die Quotenabschaffung in den nächsten Jahren schneller werdenden Strukturwandels zu ergreifen.

### **UGB ruft Widerstand hervor**

Gegen den aktuellen Entwurf zum Umweltgesetzbuch (UGB) hat sich breiter Widerstand in großen Wirtschaftsverbänden formiert. Das wurde bei einer Verbändeanhörung im Bundesumweltministerium deutlich. Der Deutsche Bauernverband (DBV) kritisierte, das UGB verfehle die Ziele der Bundesregierung, das bestehende Umweltrecht bei gleich bleibenden Standards zusammenzufassen. Der vorgelegte Entwurf schränke in großem Umfang Eigentumsrechte ein und sehe entgegen der politischen Zusagen umfangreiche Verschärfungen bestehender gesetzlicher Standards vor. Besonders deutlich werde dies bei den Regelungen über Güllebehälter, die künftig die gleichen Anforderungen erfüllen sollten wie Mineralöllager oder Chemieanlagen, erklärte der DBV. Damit kämen auf die Landwirte unverhältnismäßige und teure Nachrüstpflichten zu.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) unterstrich, Investitionen würden unsicherer und Genehmigungsverfahren komplizierter, wenn der Gesetzgeber das Umweltgesetzbuch in der vorliegenden Form beschließe.

Die geplante Ausgestaltung der integrierten Vorhabengenehmigung bringe weder für Behörden noch für Unternehmen einen zusätzlichen Nutzen und sollte auf jeden Fall überarbeitet werden.

### **Nachteil bei Dieselsteuer muss weg**

Die Dringlichkeit einer wettbewerbsgerechten Energiebesteuerung spitzt sich auf den Höfen aufgrund der steigenden Kraftstoffkosten ganz erheblich zu.

Die deutschen Landwirte werden immer noch mit wesentlich höheren Energiesteuern belastet, als ihre Berufskollegen in den Nachbarländern. Beispielsweise wurde in Frankreich gerade der Agrardieselsteuersatz von schon bisher nur 5,5 Cent je Liter Diesel aus Gründen der hohen Energiekosten weiter abgesenkt. In Deutschland beträgt der Agrardieselsteuersatz grundsätzlich 25,56 Cent je Liter. Mit der Beschränkung der Agrardieselvergütung ab dem Jahr 2005 auf 10.000 l unter Abzug von 350 Euro Selbstbehalt ist die durchschnittliche Steuerbelastung jedoch noch weiter auf 40 Cent je Liter Diesel gestiegen!

„Die deutschen Landwirte stehen auf den Märkten im Wettbewerb mit ihren europäischen Berufskollegen – den können sie nur bestehen, wenn sie bei den Energiekosten nicht benachteiligt werden“, sagte Landvolk-Präsident Werner Hilse. Das Landvolk Niedersachsen fordert daher die Einführung eines von vorneherein ermäßigt besteuerten, „grünen“ Agrardiesels. Der Steuersatz darf dabei das durchschnittliche Niveau der Nachbarstaaten nicht übersteigen. Gegenüber der bisherigen Agrardieselvergütung

könnte dabei das bei Landwirten und Verwaltung gleichermaßen aufwändige Antragsverfahren eingespart werden. „Landwirte sind auf den Diesel als Betriebsmittel angewiesen“, sagte Hilse. Das gelte gleichermaßen für die Pflanzenbaubetriebe wie auch die massiv unter Druck stehenden Milchbauern und Schweinehaltungsbetriebe.

Auch die niedersächsische Landesregierung hat sich die Harmonisierung der Energiebesteuerung in Europa in ihrem Koalitionsvertrag auf die Fahnen geschrieben – daran muss sie sich nun messen lassen. Bei den Landwirten stößt die Agrardieselsteuer um so mehr auf Unverständnis, als die Bundesregierung die Wettbewerbsverzerrung bei den Umschlagunternehmen in Seehäfen anerkannt und auch beseitigt hat. Der dort verbrauchte Diesel ist seit dem Frühjahr nur noch mit einer Energiesteuer von 6 Cent je Liter belastet.

### **Doppelte Besteuerung befürchtet**

Der Deutsche Bauernverband (DBV) wehrt sich gegen Pläne des Bundesfinanzministeriums, den Bilanzierungszeitpunkt der Betriebsprämie ab 2008 vom Ende des jeweiligen Kalenderjahres auf den Stichtag der Antragstellung – 15. Mai – vorzulegen. Dies würde dazu führen, dass im laufenden Wirtschaftsjahr 2007/08 zwei Betriebsprämien versteuert werden müssten, obwohl tatsächlich nur eine Betriebsprämie zugeflossen sei. Der DBV befürchtet für diesen Fall der Besteuerung eines rein fiktiven Ergebnisses eine steuerliche Mehrbelastung für die deutsche Landwirtschaft von mehreren 100 Mio. Euro. Bauernverband und auch das für die EU-Agrarreform fachlich zuständige Bundeslandwirtschaftsministerium haben das Berliner Finanzressort bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass für eine Neu Beurteilung des Bilanzierungszeitpunkts der Betriebsprämie kein Anlass bestehe.